



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/225

27. September 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Flüchtlingenausgleich gefährdet	S.1
Um den Separatfrieden mit Japan	S.3
Graf von Schwerin sammelt "Windmunde"	S.4
Ein Schuss aus der Jungen Union - CSU-Abgeordneter gegen "soziale" Marktwirtschaft-	S.5
Dr.Schumacher in Berlin	S.7

## Ein müder Vater ist kein "guter Vater"

hi. Die Umsiedlungsaktion von Heimatvertriebenen aus den drei Flüchtlingsnotländern ist in Gefahr, festzufahren. Die Aufnahmeländer beginnen, sich mit Erfolg gegen die Rechtsverordnung aufzulehnen. Sie schützen vor, ihr Wohnungsbau- und Arbeitsbeschaffungsprogramm könne mit den eintreffenden Flüchtlingen nicht Schritt halten. Württemberg-Hohenzollern stoppt bereits angesetzte Transporte ab. Nordrhein-Westfalen erpresst als Bedingung für die Aufnahme den Löwenanteil der Bundesmittel für den Wohnungsbau. Längst angekündigte Umsiedlungskommissionen lassen weiter auf sich warten. Und Bundesflüchtlingsminister Dr.Lukaschek resigniert: sein Weisungsrecht sei nur theoretischer Natur. Das ist die Situation - und der entscheidende Augenblick, in dem es gilt, der Passivität Dr.Lukascheks - mit Verlaub - etwas nachzuhelfen.

Der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz quittierte ihm bereits: ein Verfassungsrecht (Art.119 GG.) darf nicht Theorie bleiben. Eine etwas veränderte Lenkung der Wiederaufbaugelder, eine etwas forcierte Abrufung von Steuergeldern durch den Bund können Wunder wirken.

Das Umsiedlungsprogramm 1950 ist noch nicht zur Hälfte durchgeführt. Schleswig-Holstein hatte bis August von 150.000 vorgesehenen erst 46.000 Vertriebene abgegeben, Niedersachsen und Bayern von je 75.000 geplanten erst knapp 30 bzw. 20.000.

In Rheinland-Pfalz sind von 90.000 aufzunehmenden Vertriebenen

erst 40.000 eingetroffen. Der Flüchtlingsanteil an der Gesamtbevölkerung beträgt dort jetzt fünf Prozent. Landräte dieses Landes glauben aber, heute schon behaupten zu können, eine weitere Aufnahme sei unmöglich. Als in Niedersachsen 1948 einzelne Landräte gegen einen weiteren Zuzug protestierten - ihre Gebiete wiesen damals eine Flüchtlingsbelegung von 38 Prozent auf - schickte Albertz einen Staatskommissar in ihre Kreise. Und Tausende von Flüchtlingen, die sonst auf der Strasse verkommen wären, fanden noch ein Unterkommen.

Das Elend aus dem Norden nach dem Südwesten zu verpflanzen, könnte nicht Sinn der Umsiedlungsaktion sein, argumentieren die Aufnahmeländer. Lassen wir uns nicht beirren, und lasse sich Dr. Lukaschek keinen Sand in seine müden Augen streuen. Wenn Schleswig-Holstein fünf Jahre eine Belastung von 50 Prozent Ostbevölkerungszuwachs ertragen hat, dann kann weder in Württemberg und Baden noch in Rheinland-Pfalz und schon gar nicht in Nordrhein-Westfalen bei einer Belegung von fünf bis zehn Prozent Flüchtlingen bei nur etwas gutem Willen behauptet werden, es ginge nicht mehr. Es geht sehr wohl noch. Tausende von Briefen der Umgesiedelten erzählen täglich den noch Wartenden, wie ungleich besser die Lebensverhältnisse in diesen Ländern sind.

Der Bundesflüchtlingsminister hat die Umsiedlung nicht aus der Taufe gehoben. Der ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Lüdemann, ist der Vater des Gedankens und der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz der Vater der Rechtsverordnung - aber Lukaschek wird die Umsiedlungsaktion jetzt zu Grabe tragen, wenn er nicht in letzter Minute das energische Wort spricht, das fünf Millionen Flüchtlinge in den drei Notländern von ihm erwarten.

Die Umsiedlung sollte der erste Akt in dem grossen Prozess des Ausgleichs der Kriegsfolgelasten sein. Sie sollte das erste Beispiel einer westdeutschen Solidarität dem Vertriebenenproblem gegenüber sein. Sie droht, zu einem der dunkelsten Kapitel deutscher Nachkriegspolitik zu werden. Dr. Lukascheks Bekenntnis bei seinem Amtsantritt lautete: "Ich bin Föderalist". Hinter diesem Schild blüht heute ein verhängnisvoller Egoismus, der von der Vertriebenenflut verschonten Länder. Fehlt nur noch, daß Lukaschek erklärt, er könne die vom Parlament verlangte Umsiedlung von weiteren 300.000 Flüchtlingen im Jahre 1951 nicht verantworten.

- - - -

Um den Separatfrieden mit Japan

f. Den geplanten amerikanisch-britischen Separatfrieden mit Japan betrachtet der Kreml als eine Herausforderung. Es wäre aber sinnlos, mit den Russen über einen gemeinsamen Friedensvertrag mit Japan zu verhandeln, da solche Verhandlungen in jedem Falle ergebnislos bleiben müssten. Das für Washington höchst Unangenehme dabei wäre, dass die amerikanische Regierung und nicht Moskau die Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen tragen würde, denn Amerika beansprucht das Sonderrecht, gewisse japanische Gebiete als militärische Basen zu benutzen. Dem aber will der Kreml nicht zustimmen.

Da das japanische Kabinett Yoshida nicht aus politischen Selbstmördern besteht, sollte man annehmen, dass es angesichts der Nähe Wladivostocks und der von Moskau gepachteten chinesischen Kriegshäfen lieber auf einen Friedensvertrag überhaupt vorerst verzichten würde. Yoshida aber will die Souveränität Japans wiederhergestellt sehen, selbst um den Preis eines gefährlichen Separatfriedens. Das Wie umschliesst natürlich viele offene Fragen, obwohl Tokio und Washington im Ziel einig sind. Es steht jetzt schon fest, dass das schwerste Problem die militärischen Stützpunkte für amerikanische Streitkräfte sind. Seit die Russen über die Atombombe verfügen, hat Okinawa, der wichtigste amerikanische Stützpunkt im westlichen Pazifik, praktisch seinen Wert eingebüsst, da er mit einem Schlage ausgelöscht werden könnte. Das amerikanische Aussenministerium hat seit langem die Verhandlungen über einen Separatfrieden vorantreiben wollen, scheiterte aber an dem Wide stand des Verteidigungsministeriums, das die Frage der Stützpunkte in Japan zuerst geklärt haben wollte. Nach Korea hat sich das Aussenministerium den Standpunkt des Verteidigungsministeriums zu eigen gemacht.

Moskau ist der Ansicht, dass nur die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und China berechtigt sind, einen Friedensvertrag mit Japan zu schliessen. Nach amerikanischer Ansicht ist das aber Sache der Mitgliedstaaten der Washingtoner Fernostkommission, die aus den Vertretern von elf an Japan interessierten Ländern zusammengesetzt ist. Nach dem ersten Verfahren käme in der heutigen Situation ein Friedensvertrag überhaupt nicht zustande, da Moskau und Peking jede Einigung in den strittigen Punkten unmöglich machen könnten. Nach dem zweiten Verfahren würden der Kreml und Rotchina mühelos überstimmt werden können.

Eine andere Lösung als die eines westlichen Separatfriedens mit

Japan ist also auf lange Zeit hinaus gar nicht denkbar. Yoshida hofft, nach einem solchen Separatfrieden weitere Separatverträge mit der Sowjetunion und dem kommunistischen China erreichen zu können. Das ist mehr als fraglich, wenn die japanische Regierung den Amerikanern militärische Stützpunkte zugesteht. Der in Washington ausgearbeitete Entwurf ist von Truman angenommen worden. Es kann also damit gerechnet werden, dass die Vereinigten Staaten jetzt mit Nachdruck den Abschluss eines Separat-Friedensvertrages beschleunigen werden. Damit ist eine neue Phase der Ost-West-Auseinandersetzung in Asien eingeleitet, die sehr weittragende Rückwirkungen haben kann.

- - - -

Groß-Appell der "Windhunde"

von

sp. Graf Schwerin, des Bundeskanzlers präsumtiver Kriegsminister, wie er verschiedentlich in der Auslandspresse bezeichnet wurde, ist ein Windhund. Das ist kein Schimpfwort, denn er nennt sich selbst mit Begeisterung so, er ist sogar ein Ober-Windhund. Natürlich ist der übertragene Sinn des Wortes Windhund, mit dem man sonst Charakterakrobaten unter den Menschen zu kennzeichnen pflegt, diesmal fehl am Platze, denn...

Denn die ehemalige 116. Panzerdivision, deren Kommandeur Graf von Schwerin war, trug als taktisches Zeichen den Windhund. Und Graf von Schwerin glaubt heute noch, dass die ihm damals untergebenen Soldaten sich unter diesem Zeichen so wohlfühlten, dass sie es bis heute nicht vergessen konnten. Dieser Erinnerung, so glaubt der abgerüstete General, weiter, sei so wertvoll, dass es sie zu pflegen gelte. Darum ging unter dem Datum vom 16.9.1950, unterschrieben vom "Familienvorstand, gez. Graf von Schwerin" ein Rundschreiben "an alle Windhunde", ihre Freunde und Anverwandten", zusammengefasst in dem schönen Begriff "Windhundfamilie". In dem Schreiben werden den Empfängern die am 10.9. gefassten Beschlüsse des "Familienvorstandes" mitgeteilt. Worum es geht, besagt

Punkt 1). "Angesichts der Entwicklung der Lage innerhalb Deutschlands ist nicht nur die Weiterführung des Windhundgedankens sicherzustellen, sondern darüber hinaus seine weitere Vertiefung und Verbreiterung anzustreben. Im Zusammenhang damit ist das Leben innerhalb der Familie zu aktivieren. Es soll nunmehr auch nach aussen hin mit der gebotenen Zurückhaltung in Erscheinung treten".

Für die Verfolgung ihrer Ziele braucht die "Familie" ein Nachrichtenblatt. Es soll "Der Windhund" heissen. Auch ein Familiensekretär soll hauptamtlich angestellt werden. Dazu benötigt man natürlich Geld und da-

zu heisst es unter Punkt 3) in bekannt liebenswürdiger HDV-Diktion: "Von jedem Empfänger dieses Rundbriefes erwarten wir, dass er ohne Verzug nicht nur seinen eigenen Beitrag leistet, sondern auch im Freundeskreis um einen einmaligen Beitrag wirbt."

Will Graf von Schwerin mit seinen "Windhunden" der "Bruderschaft", die ihm nicht wohl gesinnt sein soll, eine Konkurrenz geben? Oder will er, da nunmehr Privatarmeen wieder in Mode kommen, nicht der Zeit nachhaken? Oder will er "höheren Orts" mit soundsoviel Antwortschreiben belegen, dass ihm seine ehemaligen Landser auch über das Grab der Hitler-schen Wehrmacht hinaus die Treue halten, er also zu Besonderem berufen scheint?

Oder - aber wir wollen weitere Fragezeichen mit der "gebotenen Zurückhaltung" zurückhalten. Vielleicht "kommt der Tag", da Graf Schwerin ohne Zurückhaltung wird sprechen können. Nur vor einem erwarten wir, bewahrt zu bleiben: hoffentlich kommen nicht alle Div.Kdr.a.D. auf die Idee, private Stammböcher ihrer ehemaligen Untergebenen anzulegen. Es soll im Krieg über 300 deutsche Divisionen gegeben haben.

- - - -

#### Ein Schuss aus der Jungen Union

sp. Hans Bodensteiner, geboren 1912 in Bayern, Volkswirt, Stalin-gradkämpfer, Landrat, führender Mann der Jungen Union, Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU - Hans Bodensteiner hat ein Buch geschrieben. Titel: "Der Weg in eine bessere Zukunft". Inhalt: 1. Marktwirtschaft ist falsch, 2. Planwirtschaft ist falsch, 3. Bedarfswirtschaft ist richtig. Zu Punkt 2 und 3 kann man später ausführlich Stellung nehmen. Heute ist interessant festzustellen, dass einer der jüngsten Abgeordneten der Regierungspartei in Bonn dem Wirtschaftsminister seines Kabinetts und damit dem für die Richtlinien der Politik verantwortlichen Bundeskanzler öffentlich bescheinigt, dass "die heutige Marktwirtschaft grundsätzlich falsch ist". Es scheint, als ob hier "Mißstimmung" und "Meinung" besonders der Jungen Union, erstmalig in der CDU ein Sprachrohr gefunden haben, das zweifellos "nicht von Pappe ist".

Bodensteiner erstrebt den Weg in die "soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung", er rechnet aus, dass Herr Erhard 10 Prozent der Bevölkerung den Löwenanteil am Sozialprodukt verschafft hat und ist böse darüber. Er spricht von gewissen "Profitgeiern", denen die "Rettung ihres Geldes wichtiger ist als die Rettung Europas" und kommt zu der Erkennt-

nis, dass sich "hinter dem schönen Schleier der sozialen Marktwirtschaft und hinter dem Schlagwort "Freiheit für die eigenschöpferischen Kräfte der Wirtschaft" eine unsoziale Profitwirtschaft verbirgt". Herrn Erhard nennt der Verfasser schlicht den "Erfinder dieses grössten Bluffs der Nachkriegszeit" und er meint zu dem Begriff "soziale Marktwirtschaft": "Das Beiwort sozial wählt man offenbar, weil es sich vor gewissen Leuten besser ausnimmt. Unter ihresgleichen sprechen die Herren nämlich stets von der freien Wirtschaft".

Interessant ist die Stellung des jungen CSU-Abgeordneten zur Steuerreform Schäffers. Er sagt, bei der Einkommenssteuerreform sei man nicht müde geworden, zu betonen, "dass man den Beziehern grosser Einkommen diese 2ehntausende von D-Mark nur deshalb schenke, weil es dem Wohl der Allgemeinheit und der ganzen Wirtschaft dient. Und die christlichen Vertreter der ausgebeuteten Arbeiter und Bauern stimmten fleissig mit ein. Armes verratenes Volk!" Aber damit ist Bodensteiners Entrüstung noch nicht erschöpft: "Mit der Farce für soziale Gerechtigkeit und Freiheit hat man das Volk an die Wahlurne gelockt und seine Stimme erhascht und nun unterschiebt man ihm, es habe für freie Marktwirtschaft und freies Unternehmertum optiert".

Um abschliessend nur noch einige der überraschendsten Kernsätze aus dem Buche des CSU-Abgeordneten zu zitieren: "Wie lange noch sollen die Millionen Kriegsversehrte des zweiten Weltkrieges dulden, dass ausgerechnet jene Freibeuter, die sich vor und während des Krieges an unseren Blutopfern bereichert haben, heute wiederum ihren Geldsack füllen und ein Prasserleben füllen? Glaubt man denn wirklich, wir seien so feig, dass man uns ewig mit dem Hinweis auf die Drohung aus dem Osten niederhalten kann? Und das alles wird getrieben im Namen des Christentums!" -

Am Schluss seines ersten Kapitels, nachdem er die Lage der sozial Minderbemittelten auf der einen und den Luxus und seine Ursachen auf der anderen Seite dargestellt hat, sagt Herr Bodensteiner abschliessend: "Und da wundert sich keiner, dass man uns noch nicht steinigt?" Worüber wir uns wundern würden, wäre, wenn Bodensteiner nicht gesteinigt würde, wie alle anderen seiner Gesinnungsgenossen, die vor ihm gegen den CDU/CSU/FDP/DP-Stachel gelockt haben. Bodensteiner ist kein Einzelgänger, aber er hat es - wie alle seine Freunde - bisher an einer befreienden Tat fehlen lassen. Ohne diese Konsequenz gerät er in den Geruch, dass er für die Wahlpropaganda der CSU zu den bayerischen Landtagswahlen ein soziales Ventil geöffnet hat.

### Dr. Schumacher in Berlin

(sp) Dr. Schumacher ist am Mittwoch nach Berlin abgeflogen, um an der Eröffnung der Industriemesse teilzunehmen. Am Donnerstagnachmittag findet um 14,30 Uhr eine Pressekonferenz statt. Donnerstagsabend 18,00 Uhr ist eine Konferenz mit Vertretern von Grossbetrieben und des SPD-Landesausschusses vorgesehen. Am Freitagabend wird Dr. Schumacher über das Thema "Jugend und der demokratische Sozialismus" zu Studenten und Jugendlichen sprechen. Wenige hundert Meter vom Ostsektor entfernt, wird Dr. Schumacher am Samstagnachmittag, 16,00 Uhr im Humboldthain in einer Grosskundgebung zur politischen Lage sprechen, um dann am Sonntagvormittag an der ausserordentlichen Stadtverordnetenversammlung und der Eröffnung der Industriemesse teilzunehmen.

### Ein König ohne Würde

(with) In einer Zeit, da Könige auf dem Aussterbe-Etat stehen, sind die wenigen noch regierenden gekrönten Häupter stärker als je dem Interesse der Öffentlichkeit ausgesetzt. Umso grösser ist aber auch die Verpflichtung, jenen Schrift zu scheuen, der unvermittelt von der Erhabenheit zur Lächerlichkeit führt. Zu denen, die sich dieses kleinen Schrittes nicht bewusst sind, gehört König Faruk von Aegypten. Hatten schon die laufenden Meldungen der letzten zwei Jahre über das Leben und Treiben am Hofe Faruks in Kairo das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit dieses Mannes auf dem Throne der Pharaonen erschüttert, so hat Faruk auf seiner jetzigen Riviera-Reise nichts unterlassen, was angetan schien, ihm den letzten Rest einer königlichen Würde zu nehmen. Der Mann, der nach Geburt und Tradition berufen schien, Führer der islamitischen Welt zu werden, setzt in seiner hemmungslosen Vergnügungssucht nicht nur das Ansehen seines eigenen Thrones, sondern auch das der gesamten monarchischen Institution aufs Spiel.

Ein König ist - es tut wohl, sich dessen von Zeit zu Zeit zu erinnern - auch nur ein Mensch. Aber ein König ist nie Privatmann; wenn er es dennoch sein will, tut er gut daran, die Öffentlichkeit zu scheuen. Bei Faruk ist das genaue Gegenteil der Fall. Er kann nicht genug Pressefotografen finden, die ihn mit den neuesten Modeschönheiten der Riviera abkonterfeien, bis ins letzte Detail lässt er den Harem schildern, den er sich aus Kairo mitgebracht hat und während der Felleiche am Nil in sozialen Zuständen wie vor tausend Jahren lebt, wirft er den Croupiers der Riviera in einer Nacht Zehntausende von seinen Unteranen schwer erarbeiteten Dollars auf den Spieltisch.

Über Geschmack lässt sich streiten, über König Faruk nicht mehr.

+ + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt